

Kiek mal in

SPD Hanstedt www.spd-hanstedt.de Ausgabe 1 März 2011



Mehr Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden

Christian Jedamski will sich auch auf Samtgemeindeebene engagieren

Kiek mal in: Christian, Du bist seit 1999 Bürgermeister in Marxen und führst dort die Gemeinschaftsliste an. Im letzten Jahr bist Du in die SPD eingetreten.

Christian Jedamski: Ich stehe der SPD seit jeher nahe, was in meinem Umfeld auch bekannt ist. Während meiner beruflichen Zeit hatte ich aufgrund meiner anderen Engagements kaum Gelegenheit, mich über mein Bürgermeisteramt hinaus politisch zu betätigen.

Kiek mal in: Wo warst Du engagiert?

Christian Jedamski: Bereits während meiner politischen Laufbahn, die 1981 im Gemeinderat Marxen begann, war ich Vorsitzender des MTV Marxen und danach von 1992 bis 2009 Zweiter Vorsitzender in der Schützenkameradschaft. Wegen meiner Herzoperation 2008 musste ich aber kürzer treten.

Kiek mal in: Und nachdem Du dies gut über-

standen hast, willst Du durchstarten?

Christian Jedamski: Ich fühle mich gut und möchte deshalb meine Kraft wieder voll unserem Ort widmen...

Kiek mal in: ...und dies auch auf Samtgemeinde-Ebene...

Christian Jedamski: Ja. In Marxen streben wir zwar wieder eine Gemeinschaftsliste an, aber auf Samtgemeinde-Ebene möchte ich mich in der SPD-Fraktion engagieren. Ich bin der Meinung, dass ich dort vieles auch für Marxen erreichen kann.

Kiek mal in: Und das wäre?

Christian Jedamski: Die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden muss verbessert werden. Hier geht es zum Beispiel um den Ausweis von Bauland- und Gewerbeflächen, um Fortsetzung Seite 4

Zur Person:
Christian Jedamski
ist 58 Jahre alt,
verheiratet und
hat drei erwachsene Kinder; der
gelernte Versicherungskaufmann
war in Hamburg
bis zu seiner

schweren Herzoperation bei einer großen Versicherung beschäftigt. Er ist seit 1999 Bürgermeister in Marxen und 2010 in die SPD eingetreten.



Hanstedt muss zukunftsfähiger werden

Lars Heuer tritt für ein attraktives Hanstedt ein

als Kandidat für die Wahl zum Gemeinderat Hanstedt an. Was hat Dich dazu bewogen? Lars Heuer: Als es um den ersten Jugendraum ging, gründeten wir als Schüler eine Juso-Gruppe, um uns Gehör zu verschaffen. Auch in unseren örtlichen Vereinen bin ich engagiert. Beruf und Kinder hatten dann eine Zeit lang Vorrang; jetzt, wo unsere beiden Kinder zur Schule gehen, möchte ich unsere Zukunft mitgestalten. ...

Kiek mal in: Lars, Du trittst zum ersten Mal

Kiek mal in: Was liegt Dir denn besonders am Herzen?

Lars Heuer: Zum einen interessiert mich die Realisierung von Hanstedts Mitte, und zum anderen macht mir Sorge, dass wir den Anschluss an die wirtschaftliche Entwicklung verlieren könnten. Kiek mal in: Wieso das?

Lars Heuer: Die Ratsmehrheit von CDU und UNS hat den Hebesatz für die Gewerbesteuer von 340 auf 420 hochgeschraubt, fast 25 % – weit über den Sätzen im Umland. Einen weiteren Discounter wie Lidl oder Penny wird das nicht abschrecken – andere schon. Das falsche Signal - besonders für die Nachfrage im Gewerbegebiet.

Kiek mal in: Trübe Aussichten für die zukünftige Entwicklung von Hanstedt.

Lars Heuer: Richtig. Wenn wir unsere Gemeinde zukunftsfähig halten wollen, müssen wir attraktiv sein für Zuzügler...

Kiek mal in: ...nicht nur für Unternehmen, sondern auch für Neubürger...

Fortsetzung Seite 4



Zur Person: Lars Heuer ist 39 Jahre alt, verheiratet und hat zwei Kinder.

Der selbstständige Bauingenieur wohnt in Hanstedt-Quarrendorf, ist seit 1988 SPD-Mitglied und tritt zum ersten Mal zur Gemeinderatswahl an.

Wirim Landkreis Harburg...

Was wird aus unserem Landkreis?

Der Landkreis Harburg hat in den letzten 40 Jahren eine unglaubliche Entwicklung erlebt: 1970 zählte er 145.000 Einwohner, im Jahr 2010 sind es 246.000. Wird das so weitergehen?

Die - allerdings nicht gesicherten - Prognosen gehen für das südliche Hamburger Umland von einem Zuwachs bis 2025 auf 260.000 aus, danach sind fünf Jahre Stagnation und im Anschluss ein Bevölkerungsrückgang angesagt.

Ursprünglich sollte sich der Landkreis schwerpunktmäßig entlang der Bahnachsen Harburg - Stade, Harburg - Buchholz -Tostedt und Harburg - Winsen - Lüneburg entwickeln. In den Achsenzwischenräumen sollten die vorhandenen geschlossenen Grünräume erhalten bleiben. Dieses Konzept ist inzwischen in einigen Bereichen durch Baulanderweiterungen durchlöchert wie ein Schweizer Käse.

Es kommt nun darauf an, die jetzt noch vorhandenen geschlossenen Grünräume wirksam zu schützen. Mit der Neufassung des Regionalen Raumordnungs-Programms des Landkreises (RROP) kann jetzt der weiteren Zersiedlung entgegengewirkt werden. Dafür braucht man im Kreistag entsprechende Mehrheiten. Gleichzeitig sollten wir den Blick über den Zeithorizont des RROP hinaus bis auf das Jahr 2050 richten. Nicht nur die Politik, alle an den öffentlichen Belangen Interessierten sollten sich der Frage stellen: Wie soll unser Landkreis im Jahr 2050 aussehen? Entwickeln wir doch unter breiter öffentlicher Beteiligung ein Leitbild für unseren hoffentlich auch zukünftig noch lebens- und liebenswerten Landkreis bis zur Jahrhundertmitte!



Prof. Dr. Jens-Rainer Ahrens

Der Landkreis Harburg darf keine "Maiswüste" werden!

Die SPD-Kreistagsfraktion begrüßt die Förderung regenerativer Energien. Dies gilt auch für den nachhaltigen Ausbau der Biogasnutzung besonders auf Basis nachwachsender Rohstof-

fe. Für zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe sichert das zusätzliche Standbein Biogaserzeugung den wirtschaftlichen Erfolg.

Trotzdem kann die rasante Zunahme beim Bau von Biogasanlagen im Landkreis Harburg ohne planerische Grundlagen nicht länger hingenommen werden, denn der Betrieb von Biogasanlagen bedingt aus wirtschaftlichen Gründen den Ausbau entsprechender Energie-

pflanzen in möglichst naher Umgebung der Biogasanlagen. Es gibt bereits jetzt regionale Bereiche mit einer stärkeren Konzentration von Biogasanlagen und damit verbunden einem flächenmäßig ausgeprägteren Anbau von Energiepflanzen, vornehmlich Mais. Dies kann in der genannten Ausprägung nicht weiter hingenommen werden. Im Landkreis müssen kurzfristig Mindestkriterien (Abwärmenutzung, Ausschlussgebiete, etc.) für die Errichtung neuer Biogasanagen eingeführt werden. Den Kommunen müssen planerische

> Regelungsmöglichkeiten räumt werden. Auch aus Sicht des Natur- und Umweltschutzes birgt der verstärkte Bau von Biogasanlagen mit vermehrtem Anbau von Energiepflanzen Konfliktpotenzial. Naturschutzverbände fordern beispielsweise angesichts von Monokulturen in der Landschaft eine Beschränkung des Anteils einer Fruchtart in der Biogasanlage auf maximal 50 Prozent und die Ein-



haltung einer dreigliedrigen Fruchtfolge. Auch die Jägerschaft klagt in einigen Regionen angesichts des verstärkten Maisanbaus über eine kaum noch zu kontrollierende Wildschweinpopulation. Auch darf der touristische Aspekt im Landkreis Harburg mit seinen zahlreichen sensiblen Bereichen nicht außer Acht gelassen werden.



Die SPD will das Schröpfen der Städte und Gemeinden durch die Landesregierung nicht hinnehmen

Das Schwimmbad um die Ecke wird geschlossen, die örtliche Bibliothek verschwindet, die Krippe für Kinder wird gar nicht erst eingerichtet, für Busfahrten muss man immer mehr bezahlen, und auch die Eintrittspreise fürs Theater klettern unverhältnismäßig in die Höhe, während man auf immer maroderen Straßen unterwegs ist. Das ist das Szenario, das droht, wenn die Landesregierung die Kommunen weiterhin finanziell im Regen stehen lässt. Auf die Städte und Gemeinden kommen Engpässe zu, die fatale Folgen für die Lebensqualität vor Ort haben.

Die Schwächung der Kommunen ist bereits jetzt eklatant. Die Landesregierung hat, um den eigenen Haushalt zu konsolidieren (was nicht gelungen ist), die Verbundquote des kommunalen Finanzausgleichs gesenkt. Das kostet die Kommunen in Niedersachsen jedes Jahr rund 100 Millionen Euro! Die SPD-Landtagsfraktion hat sich frühzeitig gegen diese Maßnahme gestemmt. Wir fordern die Anhebung der Quote auf das vorherige Niveau.

Ab 2012 stellt das Land jährlich bis zu 35 Millionen Euro in einem Sondervermögen zur Rückführung von Liquiditätskrediten für Kommunen mit extremer Kassenkreditverschuldung zur Verfügung. Kommunen, die sich zu einer Fusion mit Nachbargemeinden bereit erklären, profitieren in der Regel von diesem sogenannten Entschuldungsfonds.

Die SPD will die Säulen der Kommunalfinanzen erhalten und tritt für eine Verstetigung der Einkünfte aus dem kommunalen Finanzausgleich ein. Das soll per Stabilisierungsfonds, der den Kommunen auch bei Einbruch der Steuereinnahmen eine Mindestsumme aus dem kommunalen Finanzausgleich zusichert, erreicht werden.

Und während CDU und FDP über die Abschaffung der Gewerbesteuer nachdenken, fordern

为农产的方面的产生产生的方面的产生产生的方面的

wir deren Weiterentwicklung. Die Kommunen benötigen verlässliche Einnahmen auf einem angemessenen Niveau. Die SPD will deshalb die Bemessungsgrundlage erweitern, indem auch Freiberufler in die Gewerbesteuer miteinbezogen werden.

Starke und handlungsfähige Kommunen sind unser erklärtes Ziel. Städte und Gemeinden müssen ausreichend Finanzen zur Verfügung haben, um ihre Aufgaben auch im Dienste der Bürgerinnen und Bürger effektiv wahrnehmen zu können. Damit nicht demnächst das Schwimmbad um die Ecke dichtgemacht werden muss...

Silva Seeler

Niedrigere Gebühren. Höhere Löhne. **Mehr Gestaltungsspielraum!**

Immer mehr Kommunen versuchen, Fehlentwicklungen der Privatisierungswelle zu korrigieren - und entdecken sich wieder als Arbeitgeber.

In zahlreichen Städten, Gemeinden und Kreisen laufen in den nächsten Jahren die vertraglichen Bindungen mit den Unternehmen in

verschiedenen Sparten der kommunalen Daseinsvorsorge aus. Dadurch ergibt sich die Frage, wie die Aufgaben in der Zukunft durch wen ausgeführt werden sollen. Mal ist es die Reinigung, mal sind es die Bauhöfe, dann wieder die Abfallwirtschaft, teilweise auch die Stadtwerke.

Während in einigen Kommunen munter weiter auf "Privatisie-

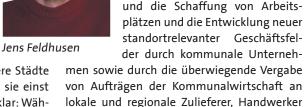
rung" gesetzt wird, holen sich andere Städte und Gemeinden längst zurück, was sie einst ausgegliedert haben. Und damit ist klar: Während der Privatisierungszug vor ein paar Jahren noch nur in eine Richtung fuhr und den Anschein erweckte, als würde er jeden Bereich erfassen, gibt es einen ersten Trend in die andere Richtung.

Rekommunalisierung heißt das Zauberwort. Sie ist zwar kein Indiz dafür, dass die Städte und Gemeinden finanziell gesehen aufatmen können. Im Gegenteil: Vielen Kommunen steht das Wasser nach wie vor bis zum Hals. In den vergangenen Jahren wurde auf Geldnot mit Privatisierung reagiert.

Mit der Privatisierung verloren die Städte und Gemeinden allerdings auch ihren politischen Einfluss, der Betrieb sowie die Kosten entzogen sich der öffentlichen Kontrolle und Steuerung. Immer wieder wurde zwar darauf verwiesen, dass die Privaten letztendlich billiger sind als die kommunalen Dienstleister. Allerdings haben Kommunen, die nun rekommunalisieren, genau das Gegenteil festgestellt: Die Kommunalen Dienstleister können die

> jeweilige Dienstleistung ebenso günstig – häufig sogar günstiger – und die Leistungen teilweise sogar besser als die Privaten anbieten. Rekommunalisierung

auch die Stärkung der regionalen Wertschöpfung durch den Erhalt und die Schaffung von Arbeits-



und Dienstleister.

Dies bedeutet, dass die erwirtschafteten Renditen Zuführungen zu den kommunalen Haushalten ermöglichen und somit wichtige Beiträge zur Finanzierung weiterer kommunaler Aufgaben sind. Sowohl durch das eigentliche operative Geschäft als auch durch verschiedene Elemente freiwilligen gesellschaftlichen Engagements zeigen die Unternehmen der Kommunalwirtschaft zwei Seiten ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, was man am Beispiel der Sparkassen sehr gut sehen kann.

Dies alles zeigt, dass die Rekommunalisierung privatisierter Betriebe und Dienstleistungen - trotz oft erheblicher Anfangsinvestitionen - zahlreiche Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger sowie für die kommunalen Haushalte mit sich bringt.



Für 30 Jahre wollen sich die Hamburger Wasserwerke (HWW) die Rechte an der jährlichen Förderung von 16,6 Mio. Kubikmetern Grundwasser in der Nordheide sichern. So ist es beim Landkreis Harburg beantragt. Wohin wird es führen, wenn dem Antrag gefolgt würde?

Nach der bereits Ende 2004 ausgelaufenen Genehmigung hatten die HWW das Recht, jährlich 25 (!) Mio. m² Trinkwasser aus den 30 Brunnen in der Nordheide zu fördern. Freiwillig beschränkten sie sich auf 16 Mio. m². Schon diese Menge führte aber in einigen Bereichen des Einzugsgebietes zu oberflächennahen Absenkungen des Grundwassers, z.B. im Oberlauf der Este und den Niederungen der Toppenstedter Aue oberhalb Toppenstedt. Ein Ergebnis im Beweissicherungsverfahren der alten Genehmigung, das uns im Arbeitskreis Wasserwerk Nordheide schon vor neun Jahren vorgestellt wurde.

Die Auswirkungen der Klimaentwicklung für die nächsten 30 Jahre sind nicht gesichert abzuschätzen, deshalb ist die Laufzeit absolut nicht akzeptabel. Jeder weitere sehr trockene Sommer verhindert die Neubildung des für uns und unsere Natur und Umwelt lebensnotwendigen Grund-

Auch die Fördermenge ist auf den echten Trinkwasserbedarf Hamburgs zu reduzieren, vor allem, weil ja bekannt ist, dass die Hamburger Wasserwerke mehrere Mio. Kubikmeter Trinkwasser nach Lübeck weiter verkaufen! Wir wollen weitere negative Auswirkungen auf unsere Heideflüsse verhindern.

Unsere Heide soll nicht zur Wüste werden!



Beyer, Garstedt



Fortsetzung von Seite 1

Wohn- und Betreuungskonzepte für Senioren, eine bessere öffentliche Verkehrsanbindung oder um einen Erfahrungsaustausch bei der Belebung innerörtlicher Bereiche.

Kiek mal in: Wie möchtest Du den Ortskern attraktiver machen?

Christian Jedamski: Wir möchten den historischen Ortskern in seinem denkmalgeschützten Bereich erhalten und haben deshalb beschlossen, einen Antrag auf Dorferneuerung zu stellen.

Kiek mal in: Auch im Gewerbegebiet hat sich ja allerhand getan...

Christian Jedamski: Richtig. Wir haben eine Erweiterung initiiert; von diesen Flächen sind mittlerweile 25 Prozent verkauft. Durch den Zuzug von Unternehmen profitieren dann auch wieder die Einwohner, denen wir am Wohnort Arbeitsplätze anbieten können.

Kiek mal in: Christian, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Manfred Lohr.

Das Land Niedersachsen lässt unsere Kleinsten im Stich

Immer mehr Aufgaben für die Kommunen – aber immer weniger Geld vom Land; auch die Samtgemeinde Hanstedt kann ein Lied davon singen.

Verlassen hatte sich die Samtgemeinde darauf, dass das Land Niedersachsen Geld aus dem "Konjunkturpaket II" für die Ganztagsschule in Brackel – die einzige im Land-

> kreis Harburg – weiter leitet. "Daraus ist nichts geworden, da sich das Land aus dem Engagement zurück gezogen hat; nun müssen wir neben der geplanten Finanzierung der Schulinfrastruktur durch Sparen und Umschichten im Haushalt die Finanzierung der Betreuungskräfte fast alleine stemmen", sagt Christian Cordes, Vorsitzender der SPD-Fraktion im

Samtgemeinderat.

Blick in die Ganztags-Krippe Hanstedt, "Alter Geidenhof".

Wohl mehr als 150
Tausend Euro kommen dadurch auf die Samtgemeinde zu – und dies, während die Einnahmen in den letzten Jahren nahezu gleich ge-

blieben sind. Das Land kürzt bisher gegebene Landeszuschüsse zu kommunalen Aufgaben – wie z.B. Zuschüsse für bestimmte Aufgaben der Kreisvolkshochschule in Höhe von 70 Tausend Euro in 2011; oder es behält, wie bei den Konjunkturmitteln, Anteile für eigentlich an die Kommunen durchzuleitende Bundesmittel zurück, um daraus Landesprogramme zu finanzieren.

Schwierig wird denn auch die dauerhafte Finanzierung der Kinderkrippen: Der Betrieb der Ganztags-Kinderkrippe in Hanstedt und Schätzendorf sowie einer geplanten Ganztags-Kinderkrippe, für die sich Asendorf, Brackel und Marxen bewerben, aber auch die Nachmittagsbetreuung in der Grundschule in Egestorf stehen infrage, wenn nicht genügend Geld da ist, ist sich Samtgemeinderatsmitglied Gerhard Heuer sicher. "Wir rechnen mit Betriebskosten von 100 Tausend Euro pro Jahr und Krippe; das wird kein leichtes Unterfangen", ist sich Christian Cordes bewusst, "aber wenn wir die Attraktivität unserer Samtgemeinde aufrecht erhalten wollen, müssen wir handeln - und zwar jetzt."

Manfred Lohr

Veranstaltungshinweise

Öffentliche Mitgliederversammlung mit Silva Seeler, MdL, zum Thema "Schule Hanstedt" am 10. Mai im "Alter Geidenhof", Hanstedt

Auch in diesem Jahr findet die beliebte Heidekutschfahrt statt. Ziel ist Wesel. Bitte merken Sie sich schon einmal den Termin 25. Mai vor. Fortsetzung von Seite 1

Lars Heuer: ...vor allem Familien, für die wir Wohnraum bereithalten müssen. Innerörtlich gibt es darüber hinaus brachliegende Gehöfte, die man zum Beispiel für Mehrfamilienhäuser nutzen kann. Denn wir müssen auch Wohnungen für junge und ältere Mitbürger schaffen. Nicht jeder kann sich einen Platz in einer Seniorenresidenz leisten. Barrierefreiheit wird ein Muss!

Kiek mal in: Wir wollen aber keine höhergeschossigen Blöcke im Ortskern...

Lars Heuer: ...natürlich nicht. Die Bebauung sollte nicht höher sein als die bisherigen Ortsbild prägenden Gebäude. Aber stell Dir vor, anstelle des Dorfkrugs stünden nun zehn kleine Einfamilienhäuser zwischen Kirche und Rathaus.

Kiek mal in: Da wartet Arbeit auf Dich.

Lars Heuer: Sicherlich, aber einige Punkte muss man angehen. Zum Beispiel auch unser Straßennetz – viele Wege und Straßen stammen aus den 1960ern ...

Kiek mal in: …und der Radweg zwischen Quarrendorf und Brackel gehört wohl auch zu den anstehenden Aufgaben …

Lars Heuer: ... ja, ich hoffe aber, dass die Gemeindeabordnungen in Hannover etwas erreichen und der Startschuss fällt.

Kiek mal in: Lars, vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Manfred Lohr.

Impressum

"Kiek mal in"

Herausgeber: SPD-Ortsverein Hanstedt, Radenbachweg 3, 21274 Undeloh; Homepage: www.spd-hanstedt.de; Kontakt: manfred.lohr@spd-hanstedt.de Redaktion: Dr. Manfred Lohr (verantw.), Jens Feldhusen, Melf-Carsten Hansen, Hella Hinsch Layout: Seiten 1+4: Melf-Carsten Hansen; Seiten2+3: Tini Eckardt Fotos: Autoren; Landschaft: Dr. Manfred Lohr. Kopfzeile: 1,3 und 5: Egestorf, 2: Hanstedt, 4:

Kopfzeile: 1,3 und 5: Egestorf, 2: Hanstedt, 4: Undeloh, 6: Marxen, 7: Wesel Auflage: 5.000 Exemplare

Druck: Flyeralarm, Alfred-Nobel-Str. 18, 97080 Würzburg

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung der Autoren wieder. Ausgabe März 2011

An alle Haushaltungen mit der Tagespost